



Zukunft des Alpenraumes
Alpenkongress Berchtesgaden
19./20. Juli 2003

Deklaration der TeilnehmerInnen von
Bund Naturschutz in Bayern (BN)
Naturschutzbund Österreich (ÖNB)
Pro Natura Schweiz

Anlässlich des 90-jährigen BN-Jubiläums haben sich Vertreter der drei großen Naturschutzverbände BN, ÖNB und Pro Natura Schweiz heute in Berchtesgaden getroffen, um über die Zukunft des Alpenraumes zu diskutieren. Eine der Wurzeln des BN liegt in Berchtesgaden im Einsatz für den Schutz der Berchtesgadener Alpen. Hier wurde vor wenigen Wochen auch das 25-jährige Jubiläum des Nationalparks Berchtesgadener Alpen gefeiert. Auch die Initiative für die „Alpenkonvention“ hat in Berchtesgaden ihren Ursprung – der richtige Ort also, einen Blick zurück zu werfen auf Erfolge und Misserfolge. Aber auch der richtige Anlass, den Blick nach vorne zu richten auf die Zukunft der Alpen.

Die Teilnehmer des internationalen Alpen-Kongresses der drei Naturschutzverbände Bund Naturschutz in Bayern (BN), Naturschutzbund Österreich (ÖNB) und Pro Natura Schweiz haben folgende Deklaration zum Alpenschutz verabschiedet:

Der Alpenraum ist als besonders sensibler Raum besonders gefährdet durch Eingriffe in den Naturhaushalt. Hier wirken sich Zerstörungen und Bedrohungen schneller und gefährlicher aus als im Flachland. Insbesondere der Klimawandel führt hier zu drastischen Auswirkungen, insbesondere wenn die Ökosysteme durch andere Faktoren bereits stark belastet sind. Die Dramatik der Klimaveränderungen hat in den letzten Jahren zugenommen und wird in ihren Folgen immer deutlicher sichtbar. Gerade im sensiblen Alpenraum erfordert dies neue Konzepte, neue politische Vorstellungen und ein Umdenken, das von den Naturschutzverbänden seit Jahrzehnten gefordert wird. Dabei müssen auch eigene Konzepte und Landschaftsbilder kritisch hinterfragt werden. Die Teilnehmer des Kongresses äußerten sich vor allem besorgt über den nach wie vor hohen Flächenverbrauch und die weiter zunehmende Erschließung der Alpen. Neben einer Vielzahl ökologischer Probleme verstärken sie auch die Auswirkungen des Klimawandels und erfordern daher mehr denn je eine Umorientierung. Während die Notwendigkeit der Reduzierung des Kfz-Verkehrs und der Verlagerung auf die Schiene sowie eine konsequente Klimaschutz-Politik bereits seit Jahrzehnten Schwerpunkt der Forderungen einer nachhaltigen Alpenpolitik aller Naturschutzverbände ist, hat der Kongress den Schwerpunkt der Betrachtung auf die Bedrohung durch die flächige Erschließung und den Flächenverbrauch gelegt. Der BN hat im Jahr 2003 bayernweit eine Kampagne gegen den Flächenverbrauch gestartet unter dem Motto „Bayerns Schönheit bewahren“. Dies gilt in besonderer Weise für die Alpen.

1. Stopp dem Flächenverbrauch – Für den Erhalt der Landschaft

„Stopp dem Flächenverbrauch“ gilt nicht nur für die Ballungsräume, sondern besonders auch für die Berggebiete. Die Siedlungspolitik in Berggebieten entspricht vielfach nicht dem hier besonders wichtigen Gebot des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden. Täglich werden 2,3 ha Alpen versiegelt (CIPRA-Alpenreport). Die Ausweisung von großzügigen Bauflächen, insbesondere für Straßenbau, Gewerbegebiete und Wohnbebauung ist vielfach immer noch die Regel, obwohl viele Gemeinden bereits an die Grenzen des überhaupt bebaubaren Areals stoßen. Damit verbleibt zum einen den Landwirten immer weniger gut bewirtschaftbare ebene Fläche, und zum anderen wird die Natur auf immer kleinere Rest-Inseln zurückgedrängt (z.B. Moore). Konsequenter unterbunden oder mindestens gelenkt gehört der immer noch grassierende Zweitwohnungsbau, der die alpine Landschaft mit zumeist leerstehender Allerweltsarchitektur verunstaltet. Sorglose Siedlungstätigkeit in aktuellen oder zukünftigen Zonen erhöhter Naturdynamik (Lawinen, Fließgewässerräume) bringt nicht nur Menschen in Gefahr, sondern verursacht auch kostspielige und naturfeindliche Verbauungen solcher dynamischer Naturräume.

2. Stopp der Erschließung für den harten Tourismus – Für mehr Natur

Die Teilnehmer des Kongresses haben einstimmig einen Stopp der weiteren Erschließung im Wintersport gefordert. Gerade angesichts des Klimawandels ist jede Investition in die weitere Aufrüstungsspirale mit neuen Seilbahnen, einer Erhöhung von Kapazitätswerten durch zusätzliche Pisten- und Infrastrukturflächen und einer weiteren Ausdehnung der künstlichen Beschneidung eine Fehlinvestition. Das globale Wettrennen um die größten und künstlichsten Skipisten ist ein Irrweg. Insbesondere die Förderung des Tagestourismus führt zudem durch mehr Verkehr zu einer Verstärkung des Klimawandels.

Die Alpen haben ihren Wert im Tourismus in ihrer herausragenden Natur und ihrer besonderen regionalen Kultur und Tradition. Anstatt dies zu erkennen und zu fördern, liefern sich die Fremdenverkehrsgemeinden und -regionen einen gnadenlosen inneralpinen Wettbewerb. Geboten werden Fun, Action und Events, die die Alpen nur als Kulisse gebrauchen und letztlich für den Touristen austauschbar und für den Naturliebhaber unattraktiv machen.

Insbesondere der ökologisch verhängnisvolle und ökonomisch ruinöse Verdrängungskampf im Wintersport führt zu gravierenden Schäden an der Natur und belastet zunehmend auch die öffentlichen Haushalte und damit den Steuerzahler. Obwohl die Anzahl der aktiven Wintersportler seit Jahren abnimmt, steigt die Zahl der Lifte, Pisten und Beförderungskapazitäten immer weiter an. In nur 10 Jahren hat sich beispielsweise die künstlich beschneite Fläche in den bayerischen Alpen verachtfacht. Der Freistaat Bayern und die bayerischen Kommunen investieren trotz laut beklagter leerer Kassen jedes Jahr Millionen Euro in diese Spirale des Ausbaus. Angesichts der Klimaerwärmung hat der Alpin-Skisport in den meisten bayerischen Wintersportgebieten ohnehin keine Zukunft. Dasselbe gilt auch für die Schweiz: Eine soeben publizierte Studie von Pro Natura Schweiz weist allein für den Schweizer Alpenraum 113 Ideen und Projekte für die Neuerschließung von Skigebieten auf. Die geschätzte Investitionssumme für alle Projekte läge bei über 2 Milliarden Euro. Auch in Österreich sind große Ausbaupläne in der Diskussion, z.B. in Hinterstoder, wo ein unberührtes Tal einer Abfahrt geopfert werden soll. In Vorarlberg sind beispielsweise in Damüls-Mellau, Diedamskopf-Falzerkopf und Hochtannberg-Lech Schigebiets- bzw. Skilift-Zusammenschlüsse in vollkommen freien Landschaften geplant.

Statt Millionen Steuergelder für einen sehr kurzfristigen naturzerstörenden harten Tourismus auszugeben, muss dieses Geld in Konzepte für die Entwicklung nachhaltiger naturverträglicher Alternativen zum Alpin-Skisport investiert werden. Das macht die Berggebiete auch

dann für Gäste attraktiv, wenn der Schnee ausbleibt. In der Schweiz kann die Schaffung neuer großer Schutzgebiete im Alpenraum willkommene Impulse für einen nachhaltigen Tourismus bieten – die Schweiz begnügt sich bisher mit einem einzigen Nationalpark.

3. Stopp der flächigen Erschließung für Land- und Forstwirtschaft – Für den Erhalt einer naturverträglichen Landwirtschaft und funktionsfähiger Bergwälder

Die Teilnehmer haben sich aber auch gegen die weitere schleichende Erschließung mit Straßen- und Wegebau für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung mit ihren negativen Folgen für den Naturhaushalt ausgesprochen.

Die Summe der Einfluss-Faktoren auf den Bergwald nimmt ständig zu und mit ihnen die negativen Auswirkungen auf die Stabilität des Bergwaldes. Doch gerade die Folgen des Klimawandels wie verstärkte Starkregenfälle oder die zunehmende Gefahr durch Stürme setzen auch dem Wald zu. Dabei ist ein gesunder Bergwald mit seiner gesamten Artenvielfalt notwendiger denn je - nicht nur für den Naturschutz, sondern gerade auch für den Hochwasserschutz. Ein solcher naturnaher Bergmischwald kann viel mehr Wasser speichern als die heutigen, vielfach vergrasten alten Wälder oder naturfernen Nadelforste. Deshalb ist vordringlich ein Programm zur Hochwasservorsorge durch Erhalt oder Wiederherstellung naturnaher artenreicher Bergmischwälder notwendig. Dabei kommt einer naturnahen, artenreichen Bodenvegetation eine besondere Bedeutung zu. Ein solches Programm könnte rasch und ohne allzu große Finanzmittel greifen. Das 1995 beschlossene gewinnorientierte Reformkonzept der Bayerischen Staatsregierung führt zu Übernutzungen in naturnahen Wäldern die die Schutzfunktion des Bergwaldes schwächen und seine Bedeutung für den Naturschutz schmälern. Das Ziel, Staatswald auch im Hochgebirge rentabel zu bewirtschaften, muss abgeschafft werden. Dringend erforderlich ist eine Neuausrichtung im Umgang mit dem Bergwald. Absolut vorrangiges Ziel muss hier die Gewährleistung der Schutzfunktionen und der Naturschutzwert sein. Das macht auch den Bau von weiteren Forststraßen weitgehend überflüssig.

Auch für die Aufrechterhaltung der Almwirtschaft sind nicht immer mehr und immer bessere Straßen auf die Almen entscheidend, sondern eine bessere Förderung einer extensiven und gebietscharakteristischen Nutzung. Statt weiteren Wegen sollte in genügend Alppersonal investiert werden. Die Teilnehmer äußern sich besorgt über den weiter zunehmenden Almstraßenbau. Neben den direkten Eingriffen wie der Zerschneidung und Zerstörung von Biotopen und der Erhöhung der Erosionsgefahr sind vor allem die indirekten Folgewirkungen einer intensivierten touristischen und landwirtschaftlichen Nutzung in bisher extensiv genutzten Gebieten eine Gefahr für die Alpen. Schon heute sind die für den Naturschutz und auch den Tourismus sehr wichtigen nährstoffarmen, oft blütenreichen Wiesen und Weiden sowie ungenutzte Ruhegebiete immer mehr auf dem Rückzug.

4. Stopp der weiteren Klimaveränderung – für eine konsequente Klimaschutzpolitik

Die Klimaveränderung ist großteils hausgemacht. daher sind sofort alle Anstrengungen zu verstärken, die Ursachen der Klimaveränderung zu reduzieren. Eine konsequente Klimaschutz-Politik bedeutet insbesondere eine drastische Reduktion der Treibhausgase und eine sofortige Reduktion des Verkehrs durch Vermeidung, Verlagerung auf die Schiene und Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

5. Erhalt der Biologischen Vielfalt

Auch bei sofortiger konsequenter Klimaschutzpolitik wird der bereits ablaufende Klimawandel auch die Natur und Ökologie der Alpen verändern. Spezialisierte Arten der alpinen Region können irgendwann nicht weiter nach oben wandern, die Arten reagieren unterschiedlich auf die Veränderungen. Umso wichtiger ist, dass möglichst große noch naturbelassene Bereiche mit größtmöglicher Vielfalt vor weiteren Belastungen geschützt werden. Nötig sind auch geschützte Großräume, die eine natürliche Dynamik ermöglichen.

Der Erhalt der einzigartigen Artenvielfalt im Alpenraum erfordert differenzierte Nutzungskonzepte und Schutzgebiete. Zwar ist ein erheblicher Teil der Berggebiete nach Schutzkategorien des Naturschutzrechts der Länder geschützt, doch gibt es eklatante Vollzugsdefizite, die behoben werden müssen. Auch sind vielfach die Bestimmungen in den Schutz-Verordnungen nicht ausreichend, um einen wirksamen Schutz zu gewährleisten. In einigen Alpen-Regionen klaffen zudem große Lücken im nationalen wie europäischen Schutzgebietsnetz NATURA 2000. So fordert beispielsweise der BN für Bayern die Nachmeldung der naturschutzfachlich sehr hochwertigen Gebiete Rotwandgebiet und Estergebirge. Auch in Österreich sind Nachmeldungen erforderlich, z.B. das „Tote Gebirge“, der österreichische Teil des Hohen Ifen / Gottesackerplateau oder die Obere Isel in Osttirol. Die Schweiz hat bei der Schaffung großer Schutzgebiete einen Nachholbedarf, der inzwischen auch von staatlicher Seite anerkannt wird. Pro Natura Schweiz hat daher eine Kampagne für einen neuen Nationalpark gestartet. Wo die Schutzwürdigkeit gegeben ist, müssen weitere Schutzgebiete nach europäischem und nach nationalem Naturschutzrecht ausgewiesen werden. Durch internationale Abstimmung und alpenweite Visionen müssen die prioritären Biodiversitäts-Zentren der Alpen und die Schutzgebiete gestärkt und in ihrem Management verbessert werden.

Die Alpen sind die einzige Region Europas, in der es noch großflächig Wildnis und Raum für große Wildtiere wie Bär, Wolf, Luchs oder Steinadler gibt. Der Erhalt der Populationen dieser Arten ist jedoch nicht überall gesichert und erfordert alpenweit neue Initiativen für die Schaffung geeigneter Lebensräume, die Überbrückung von Wanderungshindernissen und die konsequente strafrechtliche Verfolgung illegaler Tötungen. Im ganzen Alpenraum müssen durch Anreize, Hirten-Ausbildung und angepasste Vorschriften die Konflikte zwischen großen Beutegreifern und der Kleinviehhaltung vermindert werden.

Berchtesgaden, 19.7.2003